

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 17. November 1977
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein
zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim
sowie über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein
zwischen Weil am Rhein und Hünningen**

A. Zielsetzungen

- Herstellung einer Verbindung zwischen der deutschen Autobahn Hamburg–Frankfurt–Basel (A 5) und der z. Z. in Bau befindlichen französischen Autobahn Mulhouse–Beaune.
- Verbesserung der regionalen Verkehrsbedienung zwischen den beiden Rheinufern im Dreiländereck Bundesrepublik Deutschland/Frankreich/Schweiz.

B. Lösung

Durch die Verträge vom 17. November 1977 haben die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim sowie den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hünningen vereinbart.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (34) — 971 04 — Ve 40/78

Bonn, den 22. Dezember 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 17. November 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim sowie über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hüningen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 468. Sitzung am 21. Dezember 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 17. November 1977
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein
zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim
sowie über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein
zwischen Weil am Rhein und Hünigen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Paris am 17. November 1977 unterzeichneten Verträgen wird zugestimmt:

1. Dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim;
2. dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hünigen.

Die Verträge werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts auf die in dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge bezeichneten Umsätze sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als Inland, die als französisches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als Ausland anzusehen.

(2) Für die Anwendung des deutschen Verbrauchsteuer- und Monopolrechts auf die in dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge bezeichneten Warenbewegungen sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als zum Erhebungs- oder Monopolgebiet gehörend, die als französisches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als außerhalb des Erhebungs- oder Monopolgebiets befindlich anzusehen.

(3) Die in dem jeweiligen Artikel 9 der Verträge einschließlich der jeweiligen Anlage I vorgesehenen Steuer- und Zollbestimmungen sind mit Wirkung vom 1. Januar 1977 anzuwenden.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verträge nach ihrem jeweiligen Artikel 13 Abs. 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf die Verträge findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil sich die Verträge auf Steuern beziehen, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Nach dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge gelten hinsichtlich der indirekten Steuern Baustelle und Bauwerk der Straßenbrücke Weil am Rhein/Hünningen als deutsches Hoheitsgebiet sowie Baustelle und Bauwerk der Autobahnbrücke Steinstadt/Ottmarsheim als französisches Hoheitsgebiet.

Artikel 2 Abs. 1 des Vertragsgesetzes stellt für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts auf die in dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge bezeichneten Umsätze klar, daß die nach den Verträgen als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als umsatzsteuerliches Inland und die als französisches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als umsatzsteuerliches Ausland zu behandeln sind.

Artikel 2 Abs. 2 des Vertragsgesetzes stellt für die Anwendung des deutschen Verbrauchssteuer- und Monopolrechts auf die in dem jeweiligen Artikel 9 Abs. 1 der Verträge bezeichneten Warenbewegungen klar, daß nach den Verträgen die als deutsches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als zum Erhebungs- oder Monopolgebiet gehörend und die als französisches Hoheitsgebiet geltende Baustelle einschließlich Bauwerk als außerhalb des Erhebungs- oder Monopolgebietes befindlich anzusehen sind.

Artikel 2 Abs. 3 des Vertragsgesetzes sieht vor, daß die Steuer- und Zollbestimmungen des jeweiligen Artikels 9 der Verträge einschließlich der jeweiligen Anlage I mit Wirkung vom 1. Januar 1977 anzuwenden sind. Um erhebliche Mehrkosten zu vermeiden und um eine baldige Inbetriebnahme der Brücken zu ermöglichen, wurde mit dem Bau der Brücken bereits 1977 begonnen. Im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Länderfinanzministerien werden die Steuer- und Zollbestimmungen der Verträge im Vorgriff — vorbehaltlich des Inkrafttretens der Verträge — bereits ab Baubeginn (Veranlagungszeitraum 1977) angewendet, sofern die Französische Republik ebenso verfährt. Um dies zu bewirken, ist die innerstaatliche Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verträge mit Wirkung vom 1. Januar 1977 vorgesehen.

Zu Artikel 3

Die Verträge sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Verträge nach ihrem jeweiligen Artikel 13 Abs. 2 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Schlußbemerkungen

Für die Länder und Gemeinden entstehen durch die Ausführung des Gesetzes keine zusätzlichen Kosten.

Die Kosten für die Ausführung der Straßenbaumaßnahmen werden aus den Mitteln für den Straßenbauplan des Bundes getragen.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein
zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont autoroutier sur le Rhin
entre Steinenstadt et Ottmarsheim

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und

der Präsident der Französischen Republik —

in dem Wunsch, die Straßenverbindungen zwischen
den beiden Staaten zu verbessern,

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an
der deutsch-französischen Grenze —

sind übereingekommen, einen Vertrag zu schließen,
und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Axel Herbst,
Botschafter,

der Präsident der Französischen Republik:
Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Vertragsgegenstand

Zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim wird eine
Brücke über den Rhein auf deutschem und französischem
Hoheitsgebiet zur Verbindung der Autobahn A 5 Ham-
burg – Frankfurt – Basel mit der Autobahn A 36 Beaune –
Mulhouse/Rhin gebaut.

Artikel 2

Beschreibung des Bauwerks

Das Bauwerk bei Strom-km 194,3 (französische Kilo-
metrierung) wird für einen Hochwasserabfluß von
6 000 m³/s gebaut. Es hat mit drei Brückenfeldern eine
Gesamtlänge von ca. 250 m und umfaßt zwei Fahrbahnen
mit je 13,50 m Breite.

Artikel 3

Bauausführung

(1) Die Französische Republik übernimmt die Ausfüh-
rung des Bauwerks.

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
et

le Président de la République française,

Désireux d'améliorer les liaisons routières entre les
deux Etats,

Vu l'Accord du 30 janvier 1953 relatif aux ponts fixes
et aux bacs franchissant le Rhin à la frontière franco-
allemande,

Sont convenus de conclure un accord et ont désigné
à cet effet comme plénipotentiaires:

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:
M. Axel Herbst,
Ambassadeur de la République fédérale
d'Allemagne à Paris,

Le Président de la République française:
M. Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,
Secrétaire Général du Ministère
des Affaires Etrangères,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

Objet de l'Accord

Un pont sera construit sur le Rhin entre Steinenstadt
et Ottmarsheim sur les territoires allemand et français,
aux fins de relier l'autoroute fédérale A 5 Hambourg –
Francfort – Bâle à l'autoroute A 36 Beaune – Mulhouse/
Rhin.

Article 2

Description de l'ouvrage

L'ouvrage, situé au point kilométrique 194,3 du Rhin
suivant le kilométrage français, sera construit pour un
débit de crue de 6 000 m³/seconde. Comprenant trois
travées, il aura une longueur totale de 250 mètres en-
viron et supportera deux chaussées de 13,50 m de lar-
geur chacune.

Article 3

Exécution des travaux

1) La République française réalisera l'ouvrage.

(2) Die Bauausführung umfaßt alle für die Erstellung des Bauwerks notwendigen Arbeiten einschließlich der Arbeiten an den Widerlagern und den Übergangsplatten und der Ausstattung mit Ausnahme des deutschen Streckentelefonnetzes und der Betriebsumfahrt auf dem rechten Rheinufer. Die Französische Republik übernimmt die Planung, die Ausschreibung, die Vertragsvergabe und die Bauüberwachung. Sie handelt gegenüber den Unternehmern und sonstigen Vertragspartnern im eigenen Namen. Das Bauwerk wird nach den geltenden französischen Normen und Vorschriften berechnet und errichtet.

(3) Die Ausschreibung erfolgt gemäß den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft vom 26. Juli 1971.

(4) Jedem Vertragsstaat obliegt die Erstellung der an die Brücke anschließenden Bauwerke und Straßen auf seinem Hoheitsgebiet entsprechend dem Fortschreiten der Bauarbeiten.

Artikel 4

Kostenverteilung

(1) Jeder Vertragsstaat trägt zur Hälfte die Kosten für die Planung, die Bauausführung und die Überwachung der in Artikel 3 vorgesehenen Arbeiten sowie die Unterhaltungskosten für den in Artikel 7 erwähnten Zeitraum von zehn Jahren.

(2) Bei der Aufteilung der in Absatz 1 bezeichneten Kosten ist auch die französische Mehrwertsteuer zu berücksichtigen. Sie ist von den beiden Vertragsstaaten in demselben Verhältnis wie die gesamten Kosten des Bauwerks zu tragen. Die Französische Republik zahlt der Bundesrepublik Deutschland zu den in Artikel 6 bezeichneten Bedingungen einen Ausgleichsbetrag in Höhe der von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Kosten nach Absatz 1 getragenen französischen Mehrwertsteuer.

Artikel 5

Bereitstellung des für das Bauwerk und die Bauarbeiten erforderlichen Geländes

Jeder Vertragsstaat hat auf seinem Hoheitsgebiet rechtzeitig dafür zu sorgen, daß das für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderliche Gelände zur Verfügung steht, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Artikel 6

Zahlung

(1) Die Französische Republik übernimmt die Vorfinanzierung. Entsprechend dem Ablauf der Bauarbeiten stellt sie für die deutsche Verwaltung Abrechnungen über die von ihr getätigten und gemäß Artikel 4 zu Lasten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehenden Ausgaben auf. Die Zahlungen sollen grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Abrechnungen erfolgen.

(2) Die Französische Republik zahlt der Bundesrepublik Deutschland den Ausgleichsbetrag gemäß Artikel 4 Absatz 2 nach den folgenden Bedingungen:

- a) innerhalb von drei Monaten nach der Abnahme des Bauwerks gemäß Artikel 7 für die französische Mehrwertsteuer, die bis zu diesem Zeitpunkt von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Kosten nach Artikel 4 Absatz 1 gezahlt worden ist;
- b) innerhalb von höchstens sechs Monaten zu den von der Gemischten Kommission nach Artikel 10 gebilligten Bedingungen für die französische Mehrwertsteuer,

2) Les travaux relatifs à l'ouvrage comprennent toutes les opérations nécessaires à sa réalisation, y compris les culées, les dalles de transition et le équipements, à l'exception du réseau d'appel téléphonique allemand et des boucles de service situées sur la rive droite du Rhin. La République française se chargera des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication et de la surveillance des travaux. Elle agira en son nom propre à l'égard des entrepreneurs et des autres partenaires contractuels. L'ouvrage sera calculé et construit selon les normes et règlements français en vigueur.

3) L'appel d'offres sera lancé conformément aux directives de la Communauté européenne en date du 26 juillet 1971.

4) Il incombera à chacun des Etats contractants de construire les ouvrages et les voies donnant accès au pont sur son propre territoire, au fur et à mesure de la progression des travaux.

Article 4

Répartition des frais

1) Chacun des Etats contractants supportera pour moitié les frais d'études, de construction de l'ouvrage et de surveillance des travaux prévus à l'article 3, ainsi que les frais d'entretien pour la période de dix ans mentionnée à l'article 7.

2) Lors de la répartition des frais mentionnés au paragraphe 1 du présent article, il conviendra de tenir compte également de la taxe à la valeur ajoutée française. Celle-ci sera supportée par les deux Etats contractants dans la même proportion que la totalité des frais afférents à l'ouvrage. La République française versera à la République fédérale d'Allemagne, selon les modalités prévues à l'article 6, une indemnité compensatoire égale au montant de la taxe à la valeur ajoutée française supportée par la République fédérale d'Allemagne au titre des frais visés au paragraphe 1 du présent article.

Article 5

Libération des emprises de l'ouvrage et des terrains nécessaires aux travaux

Chacun des Etats contractants veillera en temps voulu, sur son propre territoire, à ce que les terrains nécessaires à la construction du pont à titre temporaire ou définitif soient mis à sa disposition et supportera les frais correspondants.

Article 6

Règlement des frais

1) La République française assurera le préfinancement. Au fur et à mesure du déroulement des travaux, elle établira pour l'Administration allemande des décomptes relatifs aux frais engagés par elle qui, conformément à l'article 4, sont à la charge de la République fédérale d'Allemagne. Le règlement de ces frais devra intervenir, en principe, dans un délai n'excédant pas trois mois à compter de la réception des décomptes.

2) La République française versera à la République fédérale d'Allemagne l'indemnité compensatoire visée à l'article 4, paragraphe 2, selon les modalités suivantes:

- a) dans un délai de trois mois à compter de la réception de l'ouvrage visée à l'article 7, pour la taxe à la valeur ajoutée française qui aura été versée à cette date par la République fédérale d'Allemagne dans le cadre des frais visés à l'article 4, paragraphe 1^{er};
- b) dans un délai maximum de six mois, dans les conditions approuvées par la Commission mixte visée à l'article 10, pour la taxe à la valeur ajoutée française

die von der Bundesrepublik Deutschland nach der Abnahme des Bauwerks gezahlt worden ist.

(3) Alle Zahlungen erfolgen in französischer Währung.

Artikel 7

Abnahme und Unterhaltung

(1) Nach Abschluß der Bauarbeiten wird das Bauwerk von den Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

(2) Die Französische Republik übernimmt die Unterhaltung des Bauwerks einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung für einen Zeitraum von zehn Jahren nach der Abnahme.

(3) Nach Ablauf dieser Frist wird der Teil des Bauwerks auf deutschem Hoheitsgebiet der deutschen Verwaltung übergeben. Jeder Vertragsstaat übernimmt dann die Unterhaltung auf seinem Hoheitsgebiet und stimmt die notwendigen Arbeiten mit dem anderen Vertragsstaat ab. Die zuständigen Verwaltungen können vereinbaren, daß eine von ihnen die Aufgabe des Winterdienstes, der laufenden Reinigung sowie einzelne Unterhaltungsarbeiten gegen Kostenerstattung übernimmt.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Die Bediensteten jedes Vertragsstaats sowie die anderen mit dem Bau und der Unterhaltung einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung beschäftigten Personen können zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Grenze überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Brücke aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates liegt, ohne daß sie einer nach dem Recht dieses Staates etwa erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bedürfen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Bediensteten der Vertragsstaaten müssen einen Dienstausweis, die anderen genannten Personen einen mit Lichtbild versehenen amtlichen Ausweis mit sich führen.

(3) Die Vertragsstaaten werden Personen, die unter Verletzung dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Staates gelangt sind, jederzeit nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen formlos zurückübernehmen.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Während der gesamten Dauer der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren gelten zollrechtlich sowie hinsichtlich der indirekten Steuern einschließlich der Eingangsabgaben und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechts die Baustelle und das Bauwerk als französisches Hoheitsgebiet, soweit es sich um Warenlieferungen, sonstige Leistungen und Einfuhren handelt, die für den Brückenbau sowie dessen Unterhaltung bestimmt sind.

(2) Die Französische Republik bewilligt frei von Eingangsabgaben die vorübergehende Einfuhr von Geräten, Werkzeugen und deren Ersatzteilen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen oder sich in deren Hoheitsgebiet im freien Verkehr befinden, soweit diese für den Bau und während des Zeitraums von zehn Jahren für die Unterhaltung der Brücke notwendig sind.

(3) Während der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren finden

qui aura été versée par la République fédérale d'Allemagne après la réception de l'ouvrage.

3) Tous les règlements seront effectués en monnaie française.

Article 7

Réception et entretien

1) Après l'achèvement des travaux, les Administrations des deux Etats contractants procéderont à la réception de l'ouvrage en présence des entrepreneurs.

2) La République française se chargera de l'entretien de l'ouvrage et notamment du service d'hiver et du nettoyage courant pendant une période de dix ans à compter de la réception.

3) A l'expiration de ce délai, la partie de l'ouvrage située en territoire allemand sera remise à l'Administration allemande. Chacun des Etats contractants assumera ensuite l'entretien sur son propre territoire et déterminera, en accord avec l'autre Etat contractant, quels sont les travaux nécessaires. Les Administrations compétentes pourront convenir que l'une d'entre elles se chargera, moyennant le remboursement des frais correspondants, d'assurer le service d'hiver, le nettoyage courant, ainsi que différents travaux d'entretien.

Article 8

Droit d'accès

1) Les agents de chacun des Etats contractants, ainsi que les autres personnes employées à la construction et à l'entretien de l'ouvrage, y compris le service d'hiver et le nettoyage courant pourront, pour l'exécution de leurs tâches, franchir la frontière et séjourner sur la partie du chantier ou du pont située sur le territoire de l'autre Etat, sans être tenus d'obtenir le permis de séjour éventuellement requis aux termes de la législation de cet Etat.

2) Les agents des Etats contractants mentionnés au paragraphe 1^{er} devront être porteurs d'un laissez-passer de service. Les autres personnes visées audit paragraphe devront être munies d'une pièce d'identité pourvue d'une photographie.

3) Aux termes des Conventions qu'ils ont conclues, les Etats contractants reprendront en charge sans formalité, à tout moment, les personnes qui auront pénétré sur le territoire de l'autre Etat en violation du présent Accord.

Article 9

Dispositions fiscales et douanières

1) Pendant toute la durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7, le chantier et l'ouvrage seront considérés, du point de vue du régime douanier, des impôts indirects, notamment pour ce qui est des droits et taxes à l'importation, et de la réglementation du commerce extérieur, comme territoire français, dans la mesure où il s'agira de fournitures de marchandises, de prestations diverses et de produits importés destinés à l'exécution et à l'entretien de l'ouvrage.

2) La République française admettra temporairement en suspension de taxes à l'importation les matériels, outillages et leurs pièces de rechange originaires de la République fédérale d'Allemagne ou qui s'y trouvent en libre pratique, nécessaires à l'exécution et, pendant la période de dix ans, à l'entretien de l'ouvrage.

3) Le régime fiscal en matière d'impôts directs applicable aux entreprises et à leurs personnels pendant la

für die direkte Besteuerung der Unternehmen und deren Beschäftigten die in Anlage I zu diesem Vertrag festgelegten Regelungen Anwendung. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrags.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Regelungen der Absätze 1 bis 3. Die französischen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und dem Bauwerk aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den französischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Die französischen Behörden sind jedoch nicht berechtigt, Angehörige des anderen Staates in dessen Hoheitsgebiet festzunehmen.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine gemischte deutsch-französische Kommission gebildet. Den Vorsitz in der Kommission führen die Delegationsleiter abwechselnd für jeweils sechs Monate. Die Beschlüsse der Kommission werden im gegenseitigen Einvernehmen gefaßt.

(2) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a) Festlegung des Standorts, der Maße und der Merkmale der Brücke;
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten;
- c) Prüfung des Entwurfs und des Vergabevorschlags;
- d) Billigung der Abschlagszahlungen und Zahlungsmodalitäten;
- e) Abnahme des Bauwerks;
- f) Billigung der Modalitäten der Zahlung des Ausgleichsbetrags nach Artikel 6;
- g) Feststellung des Kostenteilungsbetrags nach Maßgabe des Artikels 4;
- h) Festlegung der Bedingungen für die in Artikel 7 vorgesehene Übergabe nach Ablauf des Zeitraums von zehn Jahren;
- i) Koordinierung der Unterhaltungsmaßnahmen;
- j) Prüfung der technischen Änderungen, die sich als notwendig erweisen;
- k) Prüfung der verschiedenen Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags ergeben.

(3) Jede Delegation kann sich von den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten

Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht auf dem Verhandlungsweg zwischen den beiden Vertragsstaaten beigelegt werden konnte, wird auf Antrag eines der Vertragsstaaten dem Schiedsgerichtsverfahren nach den in der Anlage II zu diesem Vertrag festgelegten Bedingungen unterworfen; die Anlage II ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 12

Berlin-Klausel

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7 est défini à l'annexe I au présent Accord. Cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

4) Les services fiscaux et douaniers compétents s'informeront réciproquement et s'apporteront mutuellement toute l'aide nécessaire pour l'application de leurs lois et règlements dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article. Les agents français de ces services sont habilités à stationner sur le chantier et sur l'ouvrage et à y prendre les mesures prévues par les lois et règlements français. Les services français ne sont toutefois pas habilités à appréhender des ressortissants de l'autre Etat sur le territoire de ce dernier.

Article 10

Commission mixte

1) Il est constitué une Commission mixte franco-allemande. La présidence de la Commission sera assurée alternativement par les chefs de délégation pour une période de six mois chacun. Les décisions de la Commission seront arrêtées d'un commun accord.

2) La Commission est chargée des tâches suivantes:

- a) fixer l'emplacement, les dimensions et les caractéristiques du pont;
- b) fixer le volume des travaux communs;
- c) examiner le projet et la proposition d'adjudication;
- d) approuver les acomptes à verser et les modalités de règlement;
- e) procéder à la réception de l'ouvrage;
- f) approuver les modalités de versement de l'indemnité compensatoire visée à l'article 6;
- g) fixer le montant des frais à répartir conformément aux dispositions de l'article 4;
- h) fixer les conditions du transfert prévu à l'article 7 qui aura lieu à l'expiration de la période de dix ans;
- i) coordonner les mesures d'entretien;
- j) étudier les modifications techniques qui s'avèreraient nécessaires;
- k) examiner les différentes questions soulevées par l'application du présent Accord.

3) Chaque délégation pourra se faire présenter par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires en vue de préparer les décisions de la Commission.

Article 11

Différends

Tout différend qui n'aurait pu être réglé par voie de négociations entre les deux Etats contractants sera soumis à un arbitrage à la demande de l'un des Etats contractants, conformément à la procédure arrêtée à l'annexe II; cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

Article 12

Clause de Berlin

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Paris ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris am 17. November 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 13

Entrée en vigueur

1) Les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Paris.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi les plénipotentiaires, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.

FAIT à Paris le 17 novembre 1977 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

Axel H e r b s t

Für die Französische Republik
Pour la République française

Jean Marie S o u t o u

Anlage I

Direkte Steuern

1. Die für die direkte Besteuerung der in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen und deren Beschäftigten maßgebliche steuerliche Regelung ist in dem Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern (im folgenden als Doppelbesteuerungsabkommen bezeichnet) in der jeweils geltenden Fassung festgelegt.
2. Ergänzend zu den Bestimmungen des Doppelbesteuerungsabkommens finden während der Bauausführung und bis zum Ablauf des in Artikel 7 des Vertrags genannten Zeitraums von zehn Jahren die nachfolgenden Sonderbestimmungen Anwendung.
3. Die folgenden Bestimmungen gelten nicht für die Unternehmen, die zum Zweck der Erstellung oder Instandhaltung des Bauwerks eine Baustelle für einen Zeitraum unterhalten, der in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 Buchstabe gg des Doppelbesteuerungsabkommens genannte Dauer von zwölf Monaten nicht überschreitet. Auf diese Unternehmen findet das Doppelbesteuerungsabkommen uneingeschränkt Anwendung.
4. Unterhalten die an der Erstellung und Instandhaltung des Bauwerks beteiligten Unternehmen für die gesamten damit zusammenhängenden Arbeiten eine Betriebsstätte im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 des Doppelbesteuerungsabkommens, so wird diese Betriebsstätte so behandelt, als läge sie sowohl im Hoheitsgebiet Frankreichs als auch im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne gelten als jeweils zur Hälfte in beiden Staaten erzielt und können in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften im gleichen Verhältnis besteuert werden.
5. Wird eine Betriebsstätte auf Grund der Nummer 4 dieser Anlage so behandelt, als läge sie sowohl im französischen als auch im deutschen Hoheitsgebiet, so kann das Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte jeweils zur Hälfte in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften besteuert werden.
6. Bei der Festsetzung der „Taxe professionnelle“ bzw. der „Gewerbesteuer“ darf jeder der beiden Staaten die den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Elemente jeweils nur mit der Hälfte des Wertes berücksichtigen. Bei der Festsetzung der auf der Grundlage der Lohnsumme zu erhebenden Steuern darf jeder der beiden Staaten den den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Betrag nur zur Hälfte berücksichtigen. Diese Bestimmung findet Anwendung
 - in der Bundesrepublik Deutschland auf
 - die Lohnsummensteuer (taxe sur les salaires payés);
 - in Frankreich auf
 - la taxe sur les salaires (Lohnsummensteuer),
 - la taxe d'apprentissage (Lehrlingsabgabe),
 - la participation des employeurs à la formation professionnelle continue (Arbeitgeberbeitrag zur beruflichen Fortbildung),
 - l'investissement obligatoire dans la construction (Zwangsinvestition im Wohnungsbau).
7. Für die Zwecke des Artikels 13 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus

Annexe I

Régime fiscal en matière d'impôts directs

1. Le régime fiscal en matière d'impôts directs, applicable aux entreprises qui sont soit des résidents de la République fédérale d'Allemagne, soit des résidents de France, ainsi qu'à leurs personnels, est défini par les dispositions de la convention signée le 21 juillet 1959 entre les deux Etats en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières.
2. Toutefois, pendant les travaux de construction de l'ouvrage et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans mentionnée à l'Article 7 de l'Accord, les dispositions particulières suivantes sont également applicables nonobstant les dispositions de la Convention du 21 juillet 1959.
3. Les dispositions qui suivent ne s'appliquent pas aux entreprises qui, aux fins de la réalisation ou de l'entretien de l'ouvrage, ont un chantier dont la durée n'excède pas la durée de douze mois mentionnée à l'Article 2, paragraphe 1.7 (gg) de la Convention du 21 juillet 1959. Les dispositions de la Convention sont applicables sans restriction à ces entreprises.
4. Quand les entreprises participant à la réalisation ou à l'entretien de l'ouvrage ont, pour l'ensemble de leurs travaux de réalisation ou d'entretien dudit ouvrage, un établissement stable au sens de l'Article 2, paragraphe 1.7 de la Convention précitée, cet établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur celui de la France. Les bénéfices attribuables à cet établissement stable sont réputés réalisés pour moitié dans chacun des deux Etats et sont imposables dans la même proportion dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
5. Quand, par application de la disposition précédente, un établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire allemand et sur le territoire français, le capital d'exploitation de cet établissement stable est imposable pour moitié dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
6. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir soit la Gewerbesteuer, soit la taxe professionnelle, que la moitié de la valeur des éléments entrant normalement dans la base desdits impôts. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir les taxes assises sur les salaires, que la moitié du montant des salaires entrant normalement dans la base desdits impôts. Cette disposition s'applique:
 - en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
 - à la Lohnsummensteuer (taxe sur les salaires).
 - en ce qui concerne la France:
 - à la taxe sur les salaires,
 - à la taxe d'apprentissage,
 - à la participation des employeurs à la formation professionnelle continue,
 - à l'investissement obligatoire dans la construction.
7. Pour l'application des dispositions de l'article 13 de la Convention du 21 juillet 1959, l'activité personnelle,

der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als insgesamt im französischen Hoheitsgebiet ausgeübt.

Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 5 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als in dem in diesem Absatz genannten französischen „Grenzgebiet“ ausgeübt.

8. Die zuständigen Behörden der beiden Staaten regeln alle bei der Durchführung dieser Bestimmungen auftretenden Schwierigkeiten im beiderseitigen Einvernehmen. Sie entscheiden insbesondere im beiderseitigen Einvernehmen, ob die vorstehenden Bestimmungen ggf. auf die in einem dritten Staat ansässigen Unternehmen angewandt werden sollen. Unter zuständigen Behörden sind die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 8 des Doppelbesteuerungsabkommens genannten Behörden zu verstehen.

Anlage II

Schiedsgerichtsverfahren

1. Sofern die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, wird das Schiedsgerichtsverfahren nach den Bestimmungen dieser Anlage durchgeführt.
2. Auf Grund eines Antrags, der von einem Vertragsstaat in Anwendung des Artikels 11 des Vertrags der anderen Vertragspartei zugeleitet wird, wird ein Schiedsgericht gebildet.
3. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, wobei jede Partei einen Schiedsrichter benennt und die beiden so benannten Schiedsrichter sich auf einen dritten Schiedsrichter als Vorsitzenden einigen. Letzterer darf weder die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit noch einen gewöhnlichen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines dieser Vertragsstaaten haben, sich in Diensten eines Vertragsstaats befinden oder sich mit dieser Angelegenheit in einem anderen Zusammenhang bereits befaßt haben.

Falls nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters der Vorsitzende des Gerichts nicht benannt wurde, wird der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften auf Betreiben einer Partei diese Ernennung innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vornehmen.

4. Falls innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des Antrags eine der beiden Parteien der ihr obliegenden Ernennung eines Schiedsrichters nicht nachgekommen ist, kann die andere Partei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften anrufen, der den Vorsitzenden innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten ernennt. Nach seiner Ernennung bittet der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Partei, die keinen Schiedsrichter benannt hat, dieser Forderung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nachzukommen. Nach Ablauf dieser Frist ruft er den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften an, der dann die Ernennung innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten vornimmt.
5. Falls in den Fällen der Nummern 3 und 4 der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verhindert ist oder er die Staatsangehörigkeit einer Partei besitzt, obliegt die Ernennung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem dienstältesten Kammerpräsidenten des

source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée en totalité sur le territoire allemand.

Pour l'application des dispositions du paragraphe 5 de l'article 13 précité, l'activité professionnelle, source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée dans la «zone frontalière» française mentionnée audit paragraphe 5.

8. Les autorités compétentes des deux Etats se concerteront pour régler en commun, le cas échéant, toutes les difficultés d'application des dispositions qui précèdent. Elles décideront notamment d'un commun accord s'il y a lieu éventuellement d'appliquer les dispositions qui précèdent aux entreprises résidents d'un Etat tiers. On entend par autorités compétentes les autorités mentionnées à l'article 2 — 1.8 de la Convention du 21 juillet 1959.

Annexe II

Arbitrage

1. A moins que les Etats contractants n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est exécutée conformément aux dispositions de la présente annexe.
2. Sur requête adressée par l'un des Etats contractants à l'autre Etat contractant, en application de l'article 11 du présent Accord, il est constitué un tribunal arbitral.
3. Le tribunal arbitral est composé de trois membres — chacune des Parties au différend nomme un arbitre, les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le tiers arbitre qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit être ni de nationalité allemande, ni de nationalité française, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'un des Etats contractants, ni se trouver au service de l'un d'eux, ni s'être déjà occupé de l'affaire à un autre titre.

Si, au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le Président du tribunal n'a pas été désigné, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes procède, à la requête de l'une des Parties, dans un nouveau délai de deux mois, à cette désignation.

4. Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, l'une des Parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre Partie peut saisir le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui désigne le Président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le Président du tribunal arbitral demande à la Partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui procède à la nomination dans un nouveau délai de deux mois.
5. Si, dans les cas visés aux paragraphes 3 et 4, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes se trouve empêché ou s'il possède la nationalité de l'une des Parties, la désignation du Président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au président de chambre de la Cour le plus

Gerichtshofs, der nicht verhindert ist und nicht die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit besitzt.

6. Die vorangehenden Bestimmungen gelten von Fall zu Fall auch für die Neubesetzung offener Stellen.
7. Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Bestimmungen dieses Vertrags.
8. Das Schiedsgericht entscheidet sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen mit Stimmenmehrheit seiner Mitglieder; die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines Mitglieds, dessen Ernennung einer der Parteien oblag, hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die Parteien bindend. Letztere tragen die Kosten für den von ihnen benannten Schiedsrichter; die sonstigen Kosten werden von ihnen zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

ancien qui ne se trouve pas empêché et qui ne possède ni la nationalité allemande, ni la nationalité française.

6. Les dispositions qui précèdent s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir aux sièges devenus vacants.
7. Le tribunal arbitral décide selon les règles du Droit international et, en particulier, conformément aux dispositions du présent Accord.
8. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un membre dont la nomination incombait à l'une des Parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les Parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent, à part égale, les autres frais. Sur les autres points, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein
zwischen Weil am Rhein und Hünningen

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont routier sur le Rhin
entre Weil am Rhein et Hüningue

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und
der Präsident der Französischen Republik —

in dem Wunsch, die Straßenverbindungen zwischen
den beiden Staaten zu verbessern,

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an
der deutsch-französischen Grenze —

sind übereingekommen, einen Vertrag zu schließen,
und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Dr. Axel Herbst,
Botschafter,

Der Präsident der Französischen Republik:

Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Vertragsgegenstand

Zwischen Weil am Rhein und Hünningen wird eine
Brücke über den Rhein auf deutschem und französischem
Hoheitsgebiet zur Verbindung der deutschen B 532 mit
dem Boulevard d'Alsace gebaut.

Artikel 2

Beschreibung des Bauwerks

Das Bauwerk bei Strom-km 171,330 (französische Kilo-
metrierung) wird eine Länge von ca. 292 m, aufgeteilt in
vier Brückenfelder, haben sowie eine Fahrbahn mit sie-
ben Meter Breite und zwei Gehwege mit je 1,50 m Breite
aufweisen.

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
et

le Président de la République française,

Désireux d'améliorer les liaisons routières entre les
deux Etats,

Vu l'Accord du 30 janvier 1953 relatif aux ponts fixes
et aux bacs franchissant le Rhin à la frontière franco-
allemande,

Sont convenus de conclure un accord et ont désigné
à cet effet comme plénipotentiaires:

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. Axel Herbst,
Ambassadeur de la République fédérale
d'Allemagne à Paris,

Le Président de la République française:

M. Jean Marie Soutou,
Ambassadeur de France,
Secrétaire Général du Ministère
des Affaires Etrangères,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

Objet de l'Accord

Un pont sera construit sur le Rhin entre Weil am Rhein
et Hüningue sur les territoires allemand et français, aux
fins de relier la route B 532 allemande au Boulevard
d'Alsace français.

Article 2

Description de l'Ouvrage

L'ouvrage, situé au point kilométrique 171,330 du Rhin
suivant le kilométrage français, aura une longueur de
292 m, environ, répartie en 4 travées, et supportera une
chaussée d'une largeur de sept mètres ainsi que deux
trottoirs d'une largeur de 1,50 m. chacun.

Artikel 3**Bauausführung**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Ausführung des Bauwerks.

(2) Die Bauausführung umfaßt alle für die Erstellung des Bauwerks notwendigen Arbeiten einschließlich der Arbeiten an den Widerlagern und der Ausstattung. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Planung, die Ausschreibung, die Vertragsvergabe und die Bauüberwachung. Sie handelt gegenüber den Unternehmern und sonstigen Vertragspartnern im eigenen Namen. Das Bauwerk wird nach den geltenden deutschen Normen und Vorschriften berechnet und errichtet.

(3) Die Ausschreibung erfolgt gemäß den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft vom 26. Juli 1971.

(4) Jedem Vertragsstaat obliegt die Erstellung der an die Brücke anschließenden Bauwerke und Straßen auf seinem Hoheitsgebiet entsprechend dem Fortschreiten der Bauarbeiten.

Artikel 4**Kostenverteilung**

(1) Die Vertragsstaaten tragen die Kosten für die Planung, die Bauausführung und die Überwachung der in Artikel 3 vorgesehenen Arbeiten sowie die Unterhaltungskosten für den in Artikel 7 erwähnten Zeitraum von zehn Jahren zu den folgenden Bedingungen:

- Die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik tragen je zur Hälfte die Kosten für die Baustelleneinrichtung, für die Ausführung des Überbaus auf einer Länge von 270 m und für den Abbruch der alten und den Bau der neuen Strompfeiler;
- die Bundesrepublik Deutschland trägt allein die Kosten für den Restüberbau, für den Abbruch und den Neubau des Widerlagers auf dem rechten Ufer und für den Bau eines Landpfeilers;
- die Französische Republik trägt allein die Kosten für den Neubau eines Widerlagers auf dem linken Ufer.

(2) Der Betrag, mit dem sich die deutsche Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wegen der Ablösung der Fähre an den Baukosten beteiligt, wird beiden Seiten zu gleichen Teilen gutgeschrieben.

(3) Bei der Aufteilung der in Absatz 1 bezeichneten Kosten ist auch die deutsche Umsatzsteuer einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer zu berücksichtigen. Sie ist von den beiden Vertragsstaaten in demselben Verhältnis wie die gesamten Kosten des Bauwerks zu tragen. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt der Französischen Republik zu den in Artikel 6 bezeichneten Bedingungen einen Ausgleichsbetrag in Höhe der von der Französischen Republik im Rahmen der Kosten nach Absatz 1 getragenen deutschen Umsatzsteuer.

Artikel 5**Bereitstellung des für das Bauwerk und die Bauarbeiten erforderlichen Geländes**

Jeder Vertragsstaat hat auf seinem Hoheitsgebiet rechtzeitig dafür zu sorgen, daß das für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderliche Gelände zur Verfügung steht, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Article 3**Exécution des travaux**

1) La République fédérale d'Allemagne réalisera l'ouvrage.

2) Les travaux relatifs à l'ouvrage comprennent toutes les opérations nécessaires à sa réalisation, y compris les culées et les équipements. La République fédérale d'Allemagne se chargera des études, de l'appel d'offres, de l'adjudication et de la surveillance des travaux. Elle agira en son nom propre vis-à-vis des entrepreneurs et autres partenaires contractuels. L'ouvrage sera calculé et construit selon les normes et les règlements allemands en vigueur.

3) L'appel d'offres sera lancé conformément aux directives de la Communauté européenne en date du 26 juillet 1971.

4) Il incombera à chacun des Etats contractants de construire les ouvrages et les voies donnant accès au pont sur son propre territoire au fur et à mesure de la progression des travaux.

Article 4**Répartition des frais**

1) Les Etats contractants supporteront les frais afférents aux études, à l'exécution et à la surveillance des travaux prévus à l'Article 3, ainsi que les frais d'entretien, pour la période de dix ans mentionnée à l'Article 7, selon les modalités suivantes:

- La République fédérale d'Allemagne et la République française supporteront pour moitié les dépenses afférentes à l'installation du chantier, à l'exécution du tablier sur une longueur de 270 m., ainsi qu'à la démolition des piles dans le lit du fleuve et à leur reconstruction;
- La République fédérale d'Allemagne supportera seule les frais afférents au reste du tablier, à la démolition et à la reconstruction de la culée sur la rive droite, ainsi qu'à la construction d'une pile de rive;
- La République française supportera seule les frais afférents à la reconstruction de la culée sur la rive gauche.

2) Le montant représentant la participation de l'Administration allemande des Eaux et de la Navigation fluviale aux frais de construction du pont, en raison de la suppression du bac, sera porté à parts égales au crédit des deux Etats contractants.

3) Lors de la répartition des frais mentionnés au paragraphe 1 du présent article, il conviendra de tenir compte également de la taxe allemande sur le chiffre d'affaires, y compris la taxe sur le chiffre d'affaires frappant les importations. La taxe sur le chiffre d'affaires sera supportée par les deux Etats contractants dans la même proportion que la totalité des frais afférents à l'ouvrage. La République fédérale d'Allemagne versera à la République française, selon les modalités prévues à l'article 6, une indemnité compensatoire égale au montant de la taxe allemande sur le chiffre d'affaires supportée par la République française au titre des frais visés au paragraphe 1 du présent article.

Article 5**Libération des emprises de l'ouvrage et des terrains nécessaires aux travaux**

Chacun des Etats contractants veillera en temps voulu, sur son propre territoire, à ce que les terrains nécessaires à la construction du pont à titre temporaire ou définitif soient mis à sa disposition et supportera les frais correspondants.

Artikel 6**Zahlung**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Vorfinanzierung. Entsprechend dem Ablauf der Bauarbeiten stellt sie für die französische Verwaltung Abrechnungen über die von ihr getätigten und gemäß Artikel 4 zu Lasten der Regierung der Französischen Republik gehenden Ausgaben auf. Die Zahlungen sollen grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Abrechnungen erfolgen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt der Französischen Republik den Ausgleichsbetrag gemäß Artikel 4 Absatz 3 nach den folgenden Bedingungen:

- a) innerhalb von drei Monaten nach der Abnahme des Bauwerks gemäß Artikel 7 für die deutsche Umsatzsteuer, die bis zu diesem Zeitpunkt von der Französischen Republik im Rahmen der Kosten nach Artikel 4 Absatz 1 gezahlt worden ist,
- b) innerhalb von höchstens sechs Monaten zu den von der Gemischten Kommission nach Artikel 10 gebilligten Bedingungen für die deutsche Umsatzsteuer, die von der Französischen Republik nach der Abnahme des Bauwerks gezahlt worden ist.

(3) Alle Zahlungen erfolgen in deutscher Währung.

Artikel 7**Abnahme und Unterhaltung**

(1) Nach Abschluß der Bauarbeiten wird das Bauwerk von den Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Unterhaltung des Bauwerks einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung für einen Zeitraum von zehn Jahren nach der Abnahme.

(3) Nach Ablauf dieser Frist wird der Teil des Bauwerks auf französischem Gebiet der französischen Verwaltung übergeben. Jeder Vertragsstaat übernimmt dann die Unterhaltung auf seinem Gebiet und stimmt die notwendigen Arbeiten mit dem anderen Vertragsstaat ab. Die zuständigen Verwaltungen können vereinbaren, daß eine von ihnen die Aufgaben des Winterdienstes, der laufenden Reinigung sowie einzelne Unterhaltungsarbeiten gegen Kostenerstattung übernimmt.

Artikel 8**Betretungsrecht**

(1) Die Bediensteten jedes Vertragsstaats sowie die anderen mit dem Bau und der Unterhaltung einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung beschäftigten Personen können zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Grenze überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Brücke aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates liegt, ohne daß sie einer nach dem Recht dieses Staates etwa erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bedürfen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Bediensteten der Vertragsstaaten müssen einen Dienstausweis, die anderen genannten Personen einen mit Lichtbild versehenen amtlichen Ausweis mit sich führen.

(3) Die Vertragsstaaten werden Personen, die unter Verletzung dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Staates gelangt sind, jederzeit nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen formlos zurückübernehmen.

Article 6**Règlement des frais**

1) La République fédérale d'Allemagne assurera le pré-financement. Au fur et à mesure du déroulement des travaux elle établira pour l'Administration française des décomptes relatifs aux frais engagés par elle qui, conformément à l'article 4, sont à la charge de la République française. Le règlement de ces frais devra intervenir, en principe, dans un délai n'excédant pas trois mois à compter de la réception des décomptes.

2) La République fédérale d'Allemagne versera à la République française l'indemnité compensatoire visée à l'article 4, paragraphe 3, selon les modalités suivantes:

- a) dans un délai de trois mois à compter de la réception de l'ouvrage visée à l'article 7, pour la taxe allemande sur le chiffre d'affaires qui aura été versée jusqu'à cette date par la République française dans le cadre des frais visés à l'article 4, paragraphe 1^{er},
- b) dans un délai maximum de six mois dans les conditions approuvées par la Commission mixte visée à l'article 10, pour la taxe allemande sur le chiffre d'affaires qui aura été versée par la République française après la réception de l'ouvrage.

3) Tous les règlements seront effectués en monnaie allemande.

Article 7**Réception et entretien**

1) Après l'achèvement des travaux, les Administrations des deux Etats contractants procéderont à la réception de l'ouvrage en présence des entrepreneurs.

2) La République fédérale d'Allemagne se chargera de l'entretien de l'ouvrage et notamment du service d'hiver et du nettoyage courant pendant une période de dix ans à compter de la réception.

3) A l'expiration de ce délai, la partie de l'ouvrage située en territoire français sera remise à l'Administration française. Chacun des Etats contractants assumera ensuite l'entretien sur son propre territoire et déterminera, en accord avec l'autre Etat contractant, quels sont les travaux nécessaires. Les administrations compétentes pourront convenir que l'une d'entre elles se chargera, moyennant le remboursement des frais correspondants, d'assurer le service d'hiver, le nettoyage courant ainsi que différents travaux d'entretien.

Article 8**Droit d'accès**

1) Les agents de chacun des Etats contractants, ainsi que les autres personnes employées à la construction et à l'entretien de l'ouvrage, y compris le service d'hiver et le nettoyage courant, pourront, pour l'exécution de leurs tâches, franchir la frontière et séjourner sur la partie du chantier ou du pont située sur le territoire de l'autre Etat, sans être tenus d'obtenir le permis de séjour éventuellement requis aux termes de la législation de cet Etat.

2) Les agents des Etats contractants mentionnés au paragraphe 1 devront être porteurs d'un laissez-passer de service. Les autres personnes visées audit paragraphe devront être munies d'une pièce d'identité pourvue d'une photographie.

3) Aux termes des conventions qu'ils ont conclues, les Etats contractants reprendront en charge sans formalité, à tout moment, les personnes qui auront pénétré sur le territoire de l'autre Etat en violation du présent Accord.

Artikel 9**Steuer- und Zollbestimmungen**

(1) Während der gesamten Dauer der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren gelten zollrechtlich sowie hinsichtlich der indirekten Steuern einschließlich der Eingangsabgaben und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechts die Baustelle und das Bauwerk als deutsches Hoheitsgebiet, soweit es sich um Warenlieferungen, sonstige Leistungen und Einfuhren handelt, die für den Brückenbau sowie dessen Unterhaltung bestimmt sind.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland bewilligt frei von Eingangsabgaben die vorübergehende Einfuhr von Geräten, Werkzeugen und deren Ersatzteilen, die aus der Französischen Republik stammen oder sich in deren Hoheitsgebiet im freien Verkehr befinden, soweit diese für den Bau und während des Zeitraums von zehn Jahren für die Unterhaltung der Brücke notwendig sind.

(3) Während der Bauarbeiten und bis zum Ablauf des in Artikel 7 genannten Zeitraums von zehn Jahren finden für die direkte Besteuerung der Unternehmen und deren Beschäftigten die in der Anlage I zu diesem Vertrag festgelegten Regelungen Anwendung. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrags.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Regelungen der Absätze 1 bis 3. Die deutschen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und dem Bauwerk aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Die deutschen Behörden sind jedoch nicht berechtigt, Angehörige des anderen Staates in dessen Hoheitsgebiet festzunehmen.

Artikel 10**Gemischte Kommission**

(1) Es wird eine gemischte deutsch-französische Kommission gebildet. Den Vorsitz in der Kommission führen die Delegationsleiter abwechselnd für jeweils sechs Monate. Die Beschlüsse der Kommission werden im gegenseitigen Einvernehmen gefaßt.

(2) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a) Festlegung des Standorts, der Maße und der Merkmale der Brücke;
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten;
- c) Prüfung des Entwurfs und des Vergabevorschlags;
- d) Billigung der Abschlagszahlungen und Zahlungsmodalitäten;
- e) Abnahme des Bauwerks;
- f) Billigung der Modalitäten der Zahlung des Ausgleichsbetrags nach Artikel 6;
- g) Feststellung des Kostenteilungsbetrags nach Maßgabe des Artikels 4;
- h) Festlegung der Bedingungen für die in Artikel 7 vorgesehene Übergabe nach Ablauf des Zeitraums von zehn Jahren;
- i) Koordinierung der Unterhaltungsmaßnahmen;
- j) Prüfung der technischen Änderungen, die sich als notwendig erweisen;
- k) Prüfung der verschiedenen Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags ergeben.

Article 9**Dispositions fiscales et douanières**

1) Pendant toute la durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7, le chantier et l'ouvrage seront considérés, du point de vue du régime douanier, des impôts indirects, notamment pour ce qui est des droits et taxes à l'importation, et de la réglementation du commerce extérieur comme territoire allemand dans la mesure où il s'agira de fournitures de marchandises, de prestations diverses et de produits importés destinés à l'exécution et à l'entretien de l'ouvrage.

2) La République fédérale d'Allemagne admettra temporairement en suspension des taxes à l'importation les matériels, outillages et leurs pièces de rechange, originaires de la République française ou qui s'y trouvent en libre pratique, nécessaires à l'exécution et, pendant la période de dix ans, à l'entretien de l'ouvrage.

3) Le régime fiscal en matière d'impôts directs applicable aux entreprises et à leurs personnels pendant la durée des travaux et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans prévue à l'article 7 est défini à l'annexe I du présent Accord. Cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

4) Les services fiscaux et douaniers compétents s'informeront réciproquement et s'apporteront mutuellement toute l'aide nécessaire pour l'application de leurs lois et règlements dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article. Les agents allemands de ces services sont habilités à stationner sur le chantier et sur l'ouvrage et à y prendre les mesures prévues par les lois et règlements allemands. Les services allemands ne sont toutefois pas habilités à appréhender des ressortissants de l'autre Etat sur le territoire de ce dernier.

Article 10**Commission mixte**

1) Il est constitué une Commission mixte franco-allemande. La présidence de la Commission sera assurée alternativement par les chefs de délégation pour une période de six mois chacun. Les décisions de la Commission seront arrêtées d'un commun accord.

2) La Commission est chargée des tâches suivantes:

- a) fixer l'emplacement, les dimensions et les caractéristiques du pont;
- b) fixer le volume des travaux communs,
- c) examiner le projet et la proposition d'adjudication,
- d) approuver les acomptes à verser et les modalités de règlement,
- e) procéder à la réception de l'ouvrage,
- f) approuver les modalités de versement de l'indemnité compensatoire visée à l'article 6,
- g) fixer le montant des frais à répartir conformément aux dispositions de l'article 4,
- h) fixer les conditions du transfert, prévu à l'article 7, qui aura lieu à l'expiration de la période de dix ans,
- i) coordonner les mesures d'entretien,
- j) étudier les modifications techniques qui s'avèreraient nécessaires,
- k) examiner les différentes questions soulevées par l'application du présent Accord.

(3) Jede Delegation kann sich von den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten

Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht auf dem Verhandlungsweg zwischen den beiden Vertragsstaaten beigelegt werden konnte, wird auf Antrag eines der Vertragsstaaten dem Schiedsgerichtsverfahren nach den in der Anlage II zu diesem Vertrag festgelegten Bedingungen unterworfen; die Anlage II ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 12

Berlin-Klausel

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Paris ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris am 17. November 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3) Chaque délégation pourra se faire présenter par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires en vue de préparer les décisions de la Commission.

Article 11

Différends

Tout différend qui n'aurait pu être réglé par voie de négociations entre les deux Etats contractants sera soumis à un arbitrage à la demande de l'un des Etats contractants, conformément à la procédure arrêtée à l'annexe II; cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

Article 12

Clause de Berlin

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 13

Entrée en vigueur

1) Les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Paris.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi les plénipotentiaires, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.

FAIT à Paris le 17 novembre 1977 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Axel H e r b s t

Für die Französische Republik
Pour la République française
Jean Marie S o u t o u

Anlage I

Direkte Steuer

1. Die für die direkte Besteuerung der in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen und deren Beschäftigten maßgebliche steuerliche Regelung ist in dem Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (im folgenden als Doppelbesteuerungsabkommen bezeichnet) in der jeweils geltenden Fassung festgelegt.
2. Ergänzend zu den Bestimmungen des Doppelbesteuerungsabkommens finden während der Bauausführung und bis zum Ablauf des in Artikel 7 des Vertrags genannten Zeitraums von zehn Jahren die nachfolgenden Sonderbestimmungen Anwendung.
3. Die folgenden Bestimmungen gelten nicht für die Unternehmen, die zum Zweck der Erstellung oder Instandhaltung des Bauwerks eine Baustelle für einen Zeitraum unterhalten, der die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 Buchstabe gg des Doppelbesteuerungsabkommens genannte Dauer von zwölf Monaten nicht überschreitet. Auf diese Unternehmen findet das Doppelbesteuerungsabkommen uneingeschränkt Anwendung.
4. Unterhalten die an der Erstellung und Instandhaltung des Bauwerks beteiligten Unternehmen für die gesamten damit zusammenhängenden Arbeiten eine Betriebsstätte im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Unterabsatz 7 des Doppelbesteuerungsabkommens, so wird diese Betriebsstätte so behandelt, als läge sie sowohl im Hoheitsgebiet Frankreichs als auch im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne gelten als jeweils zur Hälfte in beiden Staaten erzielt und können in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften im gleichen Verhältnis besteuert werden.
5. Wird eine Betriebsstätte auf Grund der Nummer 4 dieser Anlage so behandelt, als läge sie sowohl im französischen als auch im deutschen Hoheitsgebiet, so kann das Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte jeweils zur Hälfte in beiden Staaten nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschriften besteuert werden.
6. Bei der Festsetzung der „Taxe professionnelle“ bzw. der „Gewerbesteuer“ darf jeder der beiden Staaten die den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Elemente jeweils nur mit der Hälfte des Wertes berücksichtigen. Bei der Festsetzung der auf der Grundlage der Lohnsumme zu erhebenden Steuern darf jeder der beiden Staaten den den genannten Steuern normalerweise zugrundeliegenden Betrag nur zur Hälfte berücksichtigen. Die Bestimmung findet Anwendung
 - in der Bundesrepublik Deutschland auf
 - die Lohnsummensteuer;
 - in Frankreich auf
 - la taxe sur les salaires (Lohnsummensteuer),
 - la taxe d'apprentissage (Lehrlingsabgabe),

Annexe I

Régime fiscal en matière d'impôts directs

1. Le régime fiscal en matière d'impôts directs, applicable aux entreprises qui sont soit des résidents de la République fédérale d'Allemagne, soit des résidents de France, ainsi qu'à leurs personnels, est défini par les dispositions de la convention signée le 21 juillet 1959 entre les deux Etats en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières.
2. Toutefois, pendant les travaux de construction de l'ouvrage et jusqu'à l'expiration de la période de dix ans mentionnée à l'Article 7 de l'Accord, les dispositions particulières suivantes sont également applicables nonobstant les dispositions de la Convention du 21 juillet 1959.
3. Les dispositions qui suivent ne s'appliquent pas aux entreprises qui, aux fins de la réalisation ou de l'entretien de l'ouvrage, ont un chantier dont la durée n'excède pas la durée de douze mois mentionnée à l'Article 2, paragraphe 1. 7 (gg) de la Convention du 21 juillet 1959. Les dispositions de la Convention sont applicables sans restriction à ces entreprises.
4. Quand les entreprises participant à la réalisation ou à l'entretien de l'ouvrage ont, pour l'ensemble de leurs travaux de réalisation ou d'entretien dudit ouvrage, un établissement stable au sens de l'Article 2, paragraphe 1. 7 de la Convention précitée, cet établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur celui de la France. Les bénéfices attribuables à cet établissement stable sont réputés réalisés pour moitié dans chacun des deux Etats et sont imposables dans la même proportion dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
5. Quand, par application de la disposition précédente, un établissement stable est réputé situé à la fois sur le territoire allemand et sur le territoire français, le capital d'exploitation de cet établissement stable est imposable pour moitié dans chaque Etat et selon la législation de cet Etat.
6. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir soit la Gewerbesteuer, soit la taxe professionnelle, que la moitié de la valeur des éléments entrant normalement dans la base desdits impôts. Chacun des Etats ne peut retenir, pour établir les taxes assises sur les salaires, que la moitié du montant des salaires entrant normalement dans la base desdits impôts. Cette disposition s'applique:
 - en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
 - à la Lohnsummensteuer (taxe sur les salaires);
 - en ce qui concerne la France:
 - à la taxe sur les salaires,
 - à la taxe d'apprentissage,

- la participation des employeurs à la formation professionnelle continue (Arbeitgeberbeitrag zur beruflichen Fortbildung),
 - l'investissement obligatoire dans la construction (Zwangsinvestition im Wohnungsbau).
7. Für die Zwecke des Artikels 13 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als insgesamt im deutschen Hoheitsgebiet ausgeübt. Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 5 des Doppelbesteuerungsabkommens gilt die persönliche Tätigkeit, aus der die auf Grund einer nichtselbständigen Arbeit erzielten Einkünfte herrühren, als in dem in diesem Absatz genannten deutschen „Grenzgebiet“ ausgeübt.
8. Die zuständigen Behörden der beiden Staaten regeln alle bei der Durchführung dieser Bestimmungen auftretenden Schwierigkeiten im beiderseitigen Einvernehmen. Sie entscheiden insbesondere im beiderseitigen Einvernehmen, ob die vorstehenden Bestimmungen ggf. auf die in einem dritten Staat ansässigen Unternehmen angewandt werden sollen. Unter zuständigen Behörden sind die in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 8 des Doppelbesteuerungsabkommens genannten Behörden zu verstehen.
- à la participation des employeurs à la formation professionnelle continue,
 - à l'investissement obligatoire dans la construction.
7. Pour l'application des dispositions de l'article 13 de la Convention du 21 juillet 1959, l'activité personnelle, source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée en totalité sur le territoire allemand. Pour l'application des dispositions du paragraphe 5 de l'article 13 précité, l'activité personnelle, source des revenus provenant d'un travail dépendant, sera réputée exercée dans la «zone frontalière» allemande mentionnée audit paragraphe 5.
8. Les autorités compétentes des deux Etats se concerteront pour régler en commun, le cas échéant, toutes les difficultés d'application des dispositions qui précèdent. Elles décideront notamment d'un commun accord s'il y a lieu éventuellement d'appliquer les dispositions qui précèdent aux entreprises résidents d'un Etat tiers. On entend par autorités compétentes les autorités mentionnées à l'article 2 — 1. 8 de la Convention du 21 juillet 1959.

Anlage II**Schiedsgerichtsverfahren**

1. Sofern die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, wird das Schiedsgerichtsverfahren nach den Bestimmungen dieser Anlage durchgeführt.
2. Auf Grund eines Antrags, der von einem Vertragsstaat in Anwendung des Artikels 11 des Vertrags dem anderen Vertragsstaat zugeleitet wird, wird ein Schiedsgericht gebildet.
3. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, wobei jede Partei einen Schiedsrichter benennt und die beiden so benannten Schiedsrichter sich auf einen dritten Schiedsrichter als Vorsitzenden einigen. Letzterer darf weder die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit noch einen gewöhnlichen Wohnsitz im Hoheitsgebiet einer dieser Vertragsstaaten haben, sich in Diensten eines Vertragsstaats befinden oder sich mit dieser Angelegenheit in einem anderen Zusammenhang bereits befaßt haben.

Falls nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters der Vorsitzende des Gerichts nicht benannt wurde, wird der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften auf Betreiben einer Partei diese Ernennung innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vornehmen.

4. Falls innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des Antrags eine der beiden Parteien der ihr obliegenden Ernennung eines Schiedsrichters nicht nachgekommen ist, kann die andere Partei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften anrufen, der den Vorsitzenden innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten ernennt. Nach seiner Ernennung bittet der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Partei, die keinen Schiedsrichter benannt hat, dieser Forderung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nachzukommen. Nach Ablauf dieser Frist ruft er den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften an, der dann die Ernennung innerhalb einer neuen Frist von zwei Monaten vornimmt.
5. Falls in den Fällen der Nummern 3 und 4 der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verhindert ist oder er die Staatsangehörigkeit einer Partei besitzt, obliegt die Ernennung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem dienstältesten Kammerpräsidenten des Gerichtshofs, der nicht verhindert ist und nicht die deutsche oder französische Staatsangehörigkeit besitzt.
6. Die vorangehenden Bestimmungen gelten von Fall zu Fall auch für die Neubesetzung offener Stellen.
7. Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Bestimmungen dieses Vertrags.
8. Das Schiedsgericht entscheidet sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen mit Stimmenmehrheit seiner Mitglieder; die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines Mitglieds, dessen Ernennung einer der Parteien oblag, hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die Parteien bindend. Letztere tragen die Kosten für den von ihnen benannten Schiedsrichter; die sonstigen Kosten werden von ihnen zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Annexe II**Arbitrage**

1. A moins que les Etats contractants n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est exécutée conformément aux dispositions de la présente annexe.
2. Sur requête adressée par l'un des Etats contractants à l'autre Etat contractant, en application de l'article 11 du présent Accord, il est constitué un tribunal arbitral.
3. Le tribunal arbitral est composé de trois membres — chacune des Parties au différend nomme un arbitre, les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le tiers arbitre qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit être ni de nationalité allemande, ni de nationalité française, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'un des Etats contractants, ni se trouver au service de l'un d'eux, ni s'être déjà occupé de l'affaire à un autre titre.

Si, au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le Président du tribunal n'a pas été désigné, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes procède, à la requête de l'une des Parties, dans un nouveau délai de deux mois, à cette désignation.

4. Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, l'une des Parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre Partie peut saisir le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui désigne le Président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le Président du tribunal arbitral demande à la Partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes qui procède à la nomination dans un nouveau délai de deux mois.
5. Si, dans les cas visés aux paragraphes 3 et 4, le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes se trouve empêché ou s'il possède la nationalité de l'une des Parties, la désignation du Président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au président de chambre de la Cour le plus ancien qui ne se trouve pas empêché et qui ne possède ni la nationalité allemande, ni la nationalité française.
6. Les dispositions qui précèdent s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir aux sièges devenus vacants.
7. Le tribunal arbitral décide selon les règles du Droit international et, en particulier, conformément aux dispositions du présent Accord.
8. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un membre dont la nomination incombait à l'une des Parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les Parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent, à part égale, les autres frais. Sur les autres points, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Denkschrift zu den Verträgen

I. Allgemeines

Zur Verbesserung ihrer gegenseitigen Straßenverbindungen haben die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik am 17. November 1977 in Paris zwei Staatsverträge unterzeichnet:

- Durch den Bau einer Autobahnbrücke zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim soll eine Verbindung zwischen der deutschen Autobahn Hamburg–Frankfurt–Basel (A 5) und der z. Z. im Bau befindlichen französischen Autobahn Mulhouse–Beaune hergestellt werden. Der neuen Rheinbrücke kommt erhebliche Bedeutung zu für den Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Süden und Südwesten Frankreichs.
- Durch den Bau einer Straßenbrücke zwischen Weil am Rhein und Hünningen soll die regionale Verkehrsbedienung zwischen beiden Rheinufern im Dreiländereck Bundesrepublik Deutschland/Frankreich/Schweiz entscheidend verbessert werden. Die bisherige Verkehrsbedienung mit einer Fähre reicht nicht mehr aus. Die Brücke soll über eine neue Bundesstraße 532 mit der Autobahn Hamburg–Frankfurt–Basel (A 5) und mit der Bundesstraße 3 verbunden werden.

Beide Verträge sind weitgehend gleich. Unterschiede im Wortlaut einzelner Bestimmungen beruhen in der Hauptsache darauf, daß die Bauausführung jeweils einer Brücke in ihrer Gesamtheit jeweils einem Vertragsstaat zugewiesen wurde, und zwar der Brücke Steinenstadt/Ottmarsheim Frankreich, der Brücke Weil am Rhein/Hünningen der Bundesrepublik Deutschland. Der Abschluß von zwei Verträgen erwies sich als zweckmäßig, weil die Zubringerstraße zur Brücke Weil/Hünningen auf französischem Gebiet eine Département-Straße ist.

Beide Verträge berücksichtigen das in der Anlage beigefügte deutsch-französische Regierungsabkommen vom 30. Januar 1953 über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze. Dieses Abkommen enthält grundlegende Bestimmungen über die Eigentumsverhältnisse und die Kostentragung bei allen Grenzbrücken, ferner wies es die Betriebspflicht an den zur Zeit des Vertragsabschlusses bestehenden Fähren jeweils einem Vertragsstaat zu und traf Regelungen für den Fall der Auflassung der Fähren.

Mit der Fertigstellung der Brücken ist bis etwa 1980 zu rechnen.

II. Besonderes

Artikel 1 begründet in beiden Verträgen die gegenseitige Verpflichtung der Vertragsstaaten zum Bau der beiden Brücken.

Artikel 2 bestimmt jeweils die genaue Position und die Maße der Brücken, insbesondere auch die Anzahl und Breite der Fahrbahnen sowie — bei der Brücke Weil/Hünningen — der Gehwege.

Artikel 3 weist die Ausführung des Brückenbauwerks Steinenstadt/Ottmarsheim der Französischen Republik, die Ausführung des Brückenbauwerks Weil/Hünningen der Bundesrepublik Deutschland zu. Die Ausführung des ganzen Brückenbauwerks jeweils durch nur einen Vertragsstaat ist bereits in Artikel 2 Abs. 3 des genannten Abkommens vom 30. Januar 1953 vorgesehen. Die Erstellung der an die Brücke anschließenden Bauwerke und Straßen ist von jedem Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet selbst vorzunehmen.

Artikel 4 sieht als Grundsatz in beiden Verträgen hälftige Kostenteilung für das Brückenbauwerk vor. Bei der Brücke Weil/Hünningen waren wegen örtlicher Besonderheiten (teilweise Verwertung einer ehemaligen Eisenbahnbrücke, Überspannung eines Hafengeländes auf deutscher Seite) und mit Rücksicht auf das genannte Abkommen vom 30. Januar 1953 (Auflassung der derzeitigen Fähre) einige Sonderregelungen erforderlich. In die zu verteilenden Kosten ist aus finanztechnischen Gründen die Mehrwertsteuer des bauausführenden Staates zunächst einbezogen, der Anteil jedoch, den der andere Staat hieran nach der allgemeinen Kostenregelung zunächst zu tragen hat, wird diesem innerhalb der Fristen des Artikels 6 Abs. 2 wieder erstattet. Der an Frankreich zu zahlende Ausgleichsbetrag wird aus dem Umsatzsteueraufkommen geleistet, der von Frankreich zu leistende Ausgleichsbetrag wird als Umsatzsteueraufkommen vereinnahmt.

Artikel 5 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 6 weist die Vorfinanzierung jeweils dem bauausführenden Staat zu. Im übrigen legt er die Abrechnung und die Zahlungsmodalitäten zwischen beiden Vertragsstaaten näher fest.

Artikel 7 regelt die Unterhaltung des Bauwerks: Für die Dauer von 10 Jahren nach dessen Abnahme — der Gewährleistungsfrist nach französischem Recht — obliegt die Unterhaltung dem jeweils bauausführenden Staat. Nach Ablauf der 10-Jahresfrist übernimmt jeder Vertragsstaat die Unterhaltung auf seinem Hoheitsgebiet. Die Hoheitsgrenze auf den beiden Brücken wurde in den Verträgen nicht ausdrücklich festgelegt, da der Verlauf der Grenze auf dem Rhein und seinen Brücken in einem besonderen Vertrag mit Frankreich, über den z. Z. verhandelt wird, umfassend geregelt werden soll.

Artikel 8 sorgt dafür, daß die Bau- und Unterhaltungsarbeiten nicht durch ausländerechtliche Vorschriften behindert werden.

Artikel 9 läßt durch die Zuordnung der Baustelle und Brücke zum Hoheitsgebiet des bauausführenden Staates zollrechtlich und hinsichtlich der indirekten Steuern eine einheitliche Behandlung und Abwicklung der grenzüberschreitenden Bauvorhaben zu. Ohne das Steueraufkommen beider Staaten wesentlich zu beeinflussen, führt diese Lösung zu einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung. Bei den direkten Steuern hätte dagegen die Unterstellung des gesamten Bauwerks unter die Hoheit des bauausführenden Staates zu erheblichen Nachteilen für die Bundesrepublik Deutschland geführt, da das Objekt Steinenstadt/Ottmarsheim bedeutend größer ist als das Objekt Weil/Hünigen. Zu den direkten Steuern wurde deshalb in der Anlage I zum Vertrag eine Sonderregelung getroffen. Die Regelungen in Absatz 4 sind erforderlich, um die auf das Mindestmaß beschränkten Überwachungsmaßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens durchzuführen.

Artikel 10 sichert die Durchführung des Vertrages durch die Schaffung einer ständigen Kommission, die alle Maßnahmen koordiniert und überwacht.

Artikel 11 bringt in Verbindung mit Anlage II die übliche Schiedsklausel.

Artikel 12 enthält die Berlin-Klausel.

Artikel 13 sieht das Inkrafttreten des Vertrages am Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden vor.

Anlage I regelt im Anschluß an Artikel 9 die Fragen der direkten Steuern. Im Grundsatz wird auf das deutsch-französische Doppelbesteuerungsabkommen vom 21. Juli 1959 (BGBl. 1961 II, S. 397) verwiesen. Ergänzende Klarstellungen, die wegen der grenzübergreifenden Lage der Baustelle erforderlich wurden, wurden so getroffen, daß die Bemessungsgrundlagen für die direkten Steuern jeweils zur Hälfte auf beide Vertragsstaaten aufgeteilt werden. Lediglich das Besteuerungsrecht an Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird aus Gründen der Praktikabilität (Problem der Grenzgänger) voll dem bauausführenden Staat zugestanden.

Anlage II regelt im Anschluß an Artikel 11 im einzelnen das Schiedsverfahren.

Anlage zur Denkschrift

Abkommen
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein
an der deutsch-französischen Grenze
vom 30. Januar 1953

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch

den Bundesminister für Verkehr,
Herrn Dr. Ing. Hans-Christoph Seehoß,

und

die Regierung der Französischen Republik
vertreten durch

den Minister für öffentliche Arbeiten,
Transport und Reiseverkehr,
Herrn André Morice,

überzeugt von der Notwendigkeit, die Fragen der Verkehrsverbindungen über den Rhein zu regeln,

und von dem Wunsche beseelt, die Fragen des Wiederaufbaus oder Neubaus der Brücken zu lösen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

In diesem Abkommen wird mit „Stromüberbauten“ die Gesamtheit der vollständigen Überbauten zwischen den das Korrektionsbett des Rheins unmittelbar begrenzenden Pfeilern oder Widerlagern bezeichnet.

Mit „Brücke“ wird die Gesamtheit der Stromüberbauten und ihrer Pfeiler und Widerlager bezeichnet.

Mit „Mitte der Brücke“ wird die Mitte der Gesamtheit der Stromüberbauten, gemessen zwischen den stromseitigen Fluchten der das Korrektionsbett des Rheins unmittelbar begrenzenden Pfeiler oder Widerlager, bezeichnet.

Artikel 2

Die vertragsschließenden Teile tragen die Kosten für den Neubau oder die Wiederherstellung der festen Brücken über den Rhein je zur Hälfte.

Bei jeder Brücke wird die Mitte der Brücke als Eigentumsgränze angenommen. Der westlich dieser Linie gelegene Teil der Brücke wird Eigentum Frankreichs, der östlich dieser Linie gelegene Teil Eigentum Deutschlands sein.

Die deutsche und die französische Seite tragen die Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung der ihnen jeweils gehörenden Teile. Zwischen der deutschen und der französischen Verwaltung werden Vereinbarungen abgeschlossen, mit dem Ziel, eine der beiden Verwaltungen allein mit der Unterhaltung und Erneuerung eines Bauwerks oder mit der Ausführung einer bestimmten Arbeit an einem Bauwerk zu beauftragen, ohne die Verteilung der Kosten, welche sich aus der Aufteilung der Unterhaltungs- und Erneuerungslasten ergibt, zu berühren.

Artikel 3

Die vertragsschließenden Teile erkennen an, daß eine Wiedereinrichtung von Schiffsbrücken über den Rhein, soweit er von der Rheinschifffahrt benützt wird, nicht

wünschenswert ist. Erforderlichenfalls können Fähren eingerichtet werden.

Unter dem Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 5 letzter Absatz Satz 1 gehört jede Fähre einschließlich der Landschwellen, der Landhebeständer und das bei Hochwasser zur Verlängerung der Brückenzufahrten dienende gesamte Zubehör und alle sonstigen Einrichtungen, insbesondere die Haltepfähle, Pylonen und Landverankerungen ganz dem einen oder dem anderen vertragsschließenden Teil.

Die Zahl der jeder Seite als Eigentum zugeteilten Fähren wird nach Möglichkeit die gleiche sein.

Jeder der vertragsschließenden Teile trägt die Kosten für den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb der ihm zugeteilten Fähren. Der Frage der Regelung der infolge der Durchführung des großen elsässischen Seitenkanals gegebenenfalls eintretenden Rückwirkungen wird nicht vorgegriffen.

Vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen zwischen den vertragsschließenden Teilen wird für die Benutzung der Fähren kein Fährgeld erhoben.

Artikel 4

Unter dem Vorbehalt der in diesem Abkommen vorgesehenen besonderen Bestimmungen wird Folgendes vereinbart:

1. Der Ausgleich des Überschusses der bereits von Frankreich geleisteten Ausgaben über diejenigen hinaus, die ihm in Anwendung des Artikels 2 dieses Abkommens auferlegt worden wären, wird dadurch herbeigeführt, daß Deutschland unter den Bedingungen des diesem Abkommen beigefügten Protokolls Nr. 1 die gesamten Ausgaben übernimmt, die für den Ausbau der Dauerbehelfs-Eisenbahnbrücke Chalampé-Neuenburg in eine endgültige Brücke, für den Bau der endgültigen Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl und für den Bau der endgültigen Straßenbrücken Straßburg-Kehl und Breisach einschließlich des Abbaus und der Entfernung der bestehenden Behelfsbrücken, sowie der Entfernung der dazu gehörenden Pfeiler und der Fertigstellung der Räumungsarbeiten entstehen. Jedoch werden die technischen Risiken, die durch Bauschwierigkeiten entstehen, von beiden Vertragspartnern je zur Hälfte getragen. Zur Durchführung dieser Bestimmung wird die deutsche Verwaltung gegebenenfalls die im Protokoll Nr. 2 festgelegten Berechnungen anstellen. Falls ein Risiko zu teilen ist, werden beide Vertragsparteien gemeinsam einen Weg suchen, der es Frankreich ermöglicht, die zu seinen Lasten gehenden Auslagen in Sachleistungen für ein diesem Abkommen zugrunde liegendes Bauvorhaben zu leisten.

Wenn es für notwendig befunden werden sollte, die lichte Höhe unter der vorhandenen Behelfsstraßenbrücke Straßburg-Kehl zu vergrößern, werden die

Arbeiten für die Hebung der Brücke von Deutschland ausgeführt unter Übernahme der dabei entstehenden Kosten.

Der „Wending-Seibert“-Überbau der Dauerbehelfs-Straßenbrücke Straßburg-Kehl, das „Bonnet-Schneider“-Gerät und die anderen Überbauten der Behelfs-Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl, die sogenannten „Arromanches“-Überbauten der Behelfs-Straßenbrücke Breisach, die Behelfs-Überbauten der Eisenbahnbrücke Chalampé-Neuenburg und das Bailey-Gerät, die in den z. Z. vorhandenen Bauwerken eingebaut sind, bleiben im Eigentum von Frankreich und werden ihm beim Abbau dieser Bauwerke zurückgegeben, ohne daß durch diese Sonderbestimmung die Teilung der Unterhaltskosten während der Dauer des Bestehens der betreffenden Behelfsbauten geändert wird. Der Wert dieser Geräte wurde bei der Zusammenstellung der bereits geleisteten Ausgaben nicht in Anrechnung gebracht.

2. Für jedes nach Unterzeichnung dieses Abkommens zu erbauende oder wiederherzustellende Bauwerk werden die Grundlagen der Entwürfe sowie der Bauprogramme und, soweit nicht nach Abs. 4 Deutschland die Bauleitung hat, auch die Art der Zuschlagserteilung durch eine Vereinbarung zwischen den zuständigen technischen Verwaltungen der beiden Vertragsparteien festgelegt.
3. Bei den endgültigen Straßenbrücken Breisach und Straßburg-Kehl sowie den Eisenbahnbrücken Straßburg-Kehl und Chalampé-Neuenburg werden die Hauptmerkmale der Bauwerke (Länge, Breite, Anzahl der Pfeiler, Tragfähigkeit, Ausführungsbestimmungen) annähernd denen entsprechen, die den Kostenanschlägen der Bauwerke zur Ermittlung des in Ziffer 1 dieses Artikels vorgesehenen Ausgleichs zugrunde lagen und in dem Protokoll Nr. 1 aufgeführt sind, das diesem Abkommen beigefügt ist.

Für den Fall, daß in gemeinsamer Übereinkunft entschieden werden sollte, für ein oder mehrere Bauvorhaben die technischen Bestimmungen wesentlich zu ändern, werden die Ausgaben, die gegebenenfalls zusätzlich entstehen, durch die beiden vertragsschließenden Teile je zur Hälfte getragen.

4. Die Bauleitung für die in vorstehender Ziffer 1 vorgesehenen Arbeiten erfolgt durch Deutschland. Die französischen Unternehmen können zur Abgabe von Angeboten zugelassen werden, wobei die deutsche Seite sie dem allgemeinen deutschen Recht, insbesondere dem Devisen- und Steuerrecht, unterwerfen kann.

Es wird gleichwohl festgelegt, daß der Abbau des Bonnet-Schneider-Geräts der Behelfs-Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl auf alle Fälle durch die französischen Militärbehörden durchgeführt wird.

Artikel 5

Folgende vorhandene Fähren sind zu verteilen:

- die Fähre Hünigen-Weil
- die Fähre Chalampé-Neuenburg
- die Fähre Rheinau-Kappel
- die Fähre Seltz-Plittersdorf

Die Fähren Hünigen-Weil und Chalampé-Neuenburg werden Eigentum Deutschlands. Das Eigentum wird zu einem Zeitpunkt übertragen, der durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Verwaltungen festgesetzt wird, spätestens 6 Monate nach Unterzeichnung dieses Abkommens.

Die Fähren Rheinau-Kappel und Seltz-Plittersdorf sind Eigentum Frankreichs.

Jede Änderung in der Zahl der Fähren macht eine neue Vereinbarung über die Verteilung der Betriebs- und Unterhaltungskosten der dann in Betrieb befindlichen Fähren zwischen den vertragsschließenden Teilen notwendig.

Es wird festgestellt, daß die von Frankreich geleisteten Ausgaben für den Bau der beiden Deutschland zugeteilten Fähren durch den Pauschalausgleich, der in Artikel 4 Ziffer 1 genannt ist, gedeckt sind.

Die Teile der Fähre Chalampé-Neuenburg, die aus französischem Militärgerät bestehen, und deren Wert in der Zusammenstellung der bereits geleisteten Ausgaben nicht enthalten ist, bleiben auf jeden Fall Eigentum der französischen Armee und werden Gegenstand eines Mietvertrages bilden. Sollte die französische Armee dieses Gerät zurücknehmen, was sie vor Fertigstellung der Staustufe Fessenheim, außer im Falle höherer Gewalt, nicht beabsichtigt, würde es Aufgabe der Bundesregierung sein, die Anlagen unverzüglich und auf ihre Kosten wieder zu vervollständigen.

Artikel 6

Unter Vorbehalt des Frankreich zuerkannten Rücknahmerechts für das in Artikel 4 Ziffer 1 Absatz 3 aufgeführte Gerät wird bestimmt:

1. In den auf die Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens folgenden zwei Monaten werden:
 - a) das östliche Widerlager und der östliche Pfeiler der ehemaligen Eisenbahnbrücke Hünigen-Weil, die auf deutschem Hoheitsgebiet liegen, Deutschland übergeben,
 - b) der östliche Teil der Behelfs-Straßenbrücke Breisach, von der Mitte der Brücke gerechnet, Deutschland übergeben,
 - c) der östliche Teil der Dauerbehelfs-Straßenbrücke Straßburg-Kehl, von der Mitte der Brücke gerechnet, Deutschland und der westliche Teil Frankreich übergeben,
 - d) der östliche Teil der Eisenbahnbrücke Roppenheim-Wintersdorf von der Mitte der Brücke gerechnet, Deutschland übergeben.
2. Weil der Wertausgleich an Frankreich für die von ihm bereits geleisteten Vorleistungen erst bei den künftigen Brückenneubauten durchgeführt wird, und weil die Überbauten der Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl Eigentum der französischen Armee sind, ohne daß der Wert dieser Überbauten bei der Berechnung der bisher geleisteten Ausgaben berücksichtigt wurde, werden:
 - a) die Übergabe der östlichen Hälfte der Eisenbahnbrücke Chalampé-Neuenburg an Deutschland erst bei Fertigstellung des Umbaus dieses Bauwerkes in eine endgültige Brücke vollzogen,
 - b) die Überbauten der Behelfs-Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl Eigentum Frankreichs bleiben,
 - c) der östliche Pfeiler und das östliche Widerlager der Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl Deutschland übergeben, wenn die erste Fahrbahn der neuen Brücke fertiggestellt ist.

Artikel 7

Die Übergabe von Bauwerken oder von Teilen von Bauwerken wird Gegenstand von Niederschriften sein, die in zweifacher Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache von den Vertretern der beteiligten Verwaltungen aufgestellt und von ihnen an ihre Regierungen weitergeleitet werden.

Artikel 8

- (1) Die vertragsschließenden Teile erkennen die Notwendigkeit an, den Bau der Eisenbahnbrücke Straß-

burg-Kehl beschleunigt durchzuführen. Ein erster eingeleiteter Überbau dieser Brücke ist wenn möglich vor Ende des Jahres 1954 fertigzustellen. Der Bau des zweiten Überbaues und die Arbeiten für die Hebung und Fertigstellung sind nach den Bedingungen auszuführen, die in dem Protokoll Nr. 1 niedergelegt sind, das diesem Abkommen beigelegt ist.

(2) Die vertragsschließenden Teile werden bestrebt sein, die übrigen unter Artikel 4 Ziffer 1 genannten Arbeiten in einem Zeitraum von 10 Jahren nach Unterzeichnung dieses Abkommens auszuführen. Innerhalb dieser Frist werden die beiden vertragsschließenden Teile in gemeinsamer Übereinkunft die Ausführungszeiten festlegen. Die Straßenbrücke bei Kehl wird zuerst gebaut werden.

Artikel 9

Vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen, die entweder zwischen den beiden Regierungen oder zwischen den beiden Eisenbahnverwaltungen, mit der Zustimmung der Regierungen, soweit eine solche von der interessierten Regierung für notwendig gehalten wird, geschlossen werden, bildet auf den Eisenbahnbrücken die Eigentums-grenze für die Eisenbahnverwaltungen der vertragsschließenden Teile den Ausgangspunkt der Frachtberechnungs-entfernungen. Frachtzuschläge für fiktive Tarifentfer-nungen auf einer Brücke, deren Besitz hälftig geteilt ist, können nur durch Vereinbarungen zwischen den Eisen-bahnverwaltungen eingeführt werden.

Artikel 10

Die Bestimmungen des Vertrages vom 2. April 1951 zwischen

der Baudirektion, Abteilung Straßen, in Freiburg
und

dem Service de la Navigation in Straßburg

über den Bau der derzeitigen Dauerbehelfs-Straßenbrücke Straßburg-Kehl und den Abbau der im Anschluß an

diesen Bau außer Betrieb gesetzten Behelfsbrücken behal-ten Gültigkeit, soweit sie zu den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens nicht in Widerspruch stehen.

Es wird festgestellt, daß die im Artikel 15 des Vertra-ges vom 2. April 1951 erwähnte Ausgleichszahlung durch die Kontenbereinigung gelöscht ist, die durch den in Artikel 4 vorgesehenen Ausgleich vollzogen wird.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Abkommens beziehen sich sowohl auf die Behelfsbrücken als auch auf die endgülti-gen Brücken. Sie beziehen sich nicht auf Brücken, Schiffsbrücken und Fähren, die auf das ausschließliche Verlangen der Militärbehörden hergestellt sind oder noch hergestellt werden.

Artikel 12

Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens wer-den, vorbehaltlich abweichender Vereinbarung, in jedem Fall der Entscheidung von zwei Schiedsrichtern unter-breitet, wobei jeder der vertragsschließenden Teile einen Schiedsrichter ernennt.

Können die Schiedsrichter nicht innerhalb einer Frist von 4 Monaten, nachdem eine Partei das Schiedsgericht angerufen hat, zu einer einheitlichen Entscheidung kom-men, werden sie gemeinsam einen Obmann berufen, der weder deutscher noch französischer Staatsangehöriger ist. Wird dieser nicht innerhalb einer weiteren Frist von 2 Monaten berufen, so kann jede Partei den Präsidenten des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl um die Ernennung des Obmanns bitten.

Das Schiedsgericht bestimmt selbst sein Verfahren.

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben der Vertreter der Regie-rung der Bundesrepublik Deutschland und der Vertreter der Regierung der Französischen Republik, ordnungsge-mäß hierzu ermächtigt, dieses Abkommen unterzeichnet.

Gefertigt in zwei Exemplaren in deutscher und franzö-sischer Sprache.

Paris, den dreißigsten Januar 1953

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Seeborn

Für die Regierung der Französischen Republik
Morice

Protokoll 1

**Anlage zum Abkommen vom 30. Januar 1953
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein
an der deutsch-französischen Grenze**

**Technische und finanzielle Bestimmungen
für den Bau der geplanten Brücken**

A) Bau der Straßenbrücken

1. Straßenbrücke Straßburg-Kehl

Die endgültige Straßenbrücke Straßburg-Kehl wird oberhalb der jetzigen Straßenbrücke gebaut werden. Die Summe ihrer Spannweiten beträgt 240 bis 250 m. Die Fahrbahn ist 9 m breit, die Gehwege haben eine Breite von je 3,00 m. Die lichte Höhe der Schiffsfahrtsöffnung soll dem von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt festgesetzten Maß entsprechen.

Die Schiffsfahrtsöffnung hat eine Breite von mindestens 90 m. Die Brücke soll nach der schwersten deutschen Straßenklasse (Klasse 60 der DIN 1072) bemessen werden; sie soll auch das Überfahren eines Militärfahrzeuges der Klasse 100 (MEXE) gestatten.

Der Abbau der jetzigen Behelfsbrücke erfolgt nach Fertigstellung der endgültigen Brücke. Derselbe erstreckt sich auf die Überbauten und die Pfeiler, nicht aber auf die Widerlager, die beibehalten werden.

Der bei der Unterzeichnung des Abkommens nach dem Wert von 1949 aufgestellte Kostenüberschlag für die Bauarbeiten beträgt:

Bau der neuen Brücke:	365 Millionen ffrs
Abbruch der Überbauten und der Pfeiler der jetzt vorhandenen Brücke	30 Millionen ffrs
insgesamt:	395 Millionen ffrs

2. Straßenbrücke Breisach

Der Bau einer endgültigen Straßenbrücke in Breisach sieht die Verwendung der Pfeiler und Widerlager der ehemaligen Eisenbahnbrücke unter der Voraussetzung vor, daß diese Auflager kostenlos von der Eisenbahn überlassen werden.

Falls diese Auflager zum Bau einer neuen Eisenbahnbrücke verwendet werden sollten, werden die vertragsschließenden Teile miteinander die Bauweise der endgültigen Straßenbrücke und die Verteilung der zusätzlichen Kosten beraten.

Die Gesamtlänge der Brücke verteilt sich auf 3 Überbauten von jeweils 73 m. Die über den Ufern befindlichen Überbauten können durch Dammschüttungen ersetzt werden, jedoch unter Berücksichtigung der möglichen Erhaltung des Wasserversorgungsgrabens von Breisach auf dem linken Ufer; im übrigen sind sie nicht Gegenstand dieses Abkommens.

Die Fahrbahn ist 7 m breit, die Breite der Gehwege beträgt je 1,50 m.

Die Brücke soll nach der schwersten deutschen Straßenklasse (Klasse 60 der DIN 1072) bemessen werden; sie soll auch das Überfahren eines Militärfahrzeuges der Klasse 80 (MEXE) gestatten.

Während des Baues der neuen Brücke muß der Straßenverkehr weiter möglich sein.

Die jetzige Straßenbrücke ist abzubauen.

Der bei Unterzeichnung des Abkommens nach dem Wert von 1949 aufgestellte Kostenüberschlag für die Bauarbeiten beträgt:

Bau der neuen Brücke:	125 Millionen ffrs
Abbruch der jetzigen Brücke und Aufrechterhaltung des Verkehrs während des Baues	50 Millionen ffrs
insgesamt:	175 Millionen ffrs

3. Zusammenstellung für die Straßenbrücken

Die für den Bau der Straßenbrücken nach dem Wert von 1949 errechneten Gesamtausgaben betragen 570 Millionen ffrs.

B) Bau der Eisenbahnbrücken

1. Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl

Die endgültige Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl wird für 2 Gleise an Stelle der jetzigen Behelfsbrücke gebaut. Die Entfernung zwischen den Widerlagern beträgt rd. 240 m. Die Stützweiten der Überbauten in der Reihenfolge von West nach Ost betragen etwa 75 m, 75 m und 90 m.

Die Brücke besteht aus zwei eingleisigen eisernen Überbauten; jeder Überbau besteht aus Fachwerkträgern mit oberem Windverband. Sie lagern auf dem erhaltenen westlichen Widerlager, einem neuen Pfeiler, einem erhaltenen Pfeiler und dem östlichen erhaltenen Widerlager.

Die Brücke muß das Befahren mit den in jedem der beiden Länder zugelassenen schwersten Lastenzügen gestatten. Für die Berechnung und die konstruktive Durchbildung sollen die Vorschriften der Deutschen Bundesbahn Anwendung finden.

Ein erster Überbau für ein Gleis soll nach dem Beschluß der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vom 15. Dezember 1952 so gebaut werden, daß die Durchfahrts Höhe der der oberhalb liegenden Behelfsstraßenbrücke entspricht. Die Arbeiten sollen 1953 anfangen und nach Möglichkeit vor Ende 1954 beendet werden.

Die Herstellung des zweiten Überbaues und die Hebung des ersten Überbaues werden dann in einer angemessenen Frist durchgeführt werden.

Die endgültige lichte Höhe des Bauwerks soll der von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt festgelegten entsprechen.

Der Abbau der gegenwärtigen Behelfsbrücke wird gleich nach Inbetriebnahme des ersten eingleisigen Überbaus der neuen Brücke durchgeführt werden. Dieser Abbau erstreckt sich auch auf die behelfsmäßigen Stützen und auf die nicht wiederzuverwendenden Pfeiler.

Die Räumung des Rheins wird zu Ende geführt.

Der bei der Unterzeichnung des Abkommens nach dem Wert von 1949 aufgestellte Kostenanschlag für die Bauarbeiten beträgt:

Bau der neuen Brücke (einschließlich Hebung und Abbau der Pfeiler und Joche der alten Brücke)	477 Millionen ffrs
Abbau der behelfsmäßigen Überbauten	11 Millionen ffrs
Räumung des Strombettes	10 Millionen ffrs
zusammen:	<u>498 Millionen ffrs</u>

2. Eisenbahnbrücke Chalampé-Neuenburg

Die eingleisige Dauerbehelfsbrücke bei Chalampé-Neuenburg wird unter Aufrechterhaltung des Betriebes in eine endgültige eingleisige Brücke umgewandelt werden.

Dieser Umbau umfaßt:

- den Bau eines endgültigen Überbaues von rund 72 m Stützweite westlich von der Mittelöffnung als Ersatz für die gegenwärtigen Behelfsüberbauten;
- den Bau eines Widerlagers, das als westliche Auflagerung dieses Überbaus dient;
- den Umbau des ersten östlichen Pfeilers außerhalb des Flußbettes in ein Widerlager.

Das System des endgültigen 72 m langen Überbaus soll dem System des noch bestehenden Überbaus östlich der Mittelöffnung entsprechen.

Der neue Überbau muß für das Befahren mit dem leichten französischen Lastenzug (mit Achsdrücken von 20 t) und dem leichten deutschen Lastenzug berechnet werden.

Für die Berechnung und die konstruktive Durchbildung sollen die Vorschriften der Deutschen Bundesbahn Anwendung finden.

Die Kosten für diese Arbeiten wurden bei der Unterzeichnung des Abkommens nach dem Wert von 1949 auf 54 Millionen ffrs veranschlagt.

3. Zusammenstellung für die Eisenbahnbrücken:

Für die endgültigen Eisenbahnbrücken werden die Kosten nach dem Werte von 1949 auf rd. 552 Millionen ffrs veranschlagt.

C) Gesamtzusammenstellung

Bauwerk	Kosten in Mio ffrs	
	je Bauwerk	zusammen
1. Eisenbahnbrücke Straßburg-Kehl	498	498
2. Straßenbrücke Straßburg-Kehl	395	893
3. Straßenbrücke Breisach	175	1 068
4. Eisenbahnbrücke Chalampé-Neuenburg	54	1 122

Die Kostenanschläge wurden bei der Unterzeichnung des Abkommens nach dem Wert von 1949 aufgestellt.

par. Morice

par. Seeböhm

Protokoll 2

**Anlage zum Abkommen vom 30. Januar 1953
über die festen Brücken und Fähren über den Rhein
an der deutsch-französischen Grenze**

**Verfahren zur Berechnung des Baurisikos
nach Art. 4 Abs. 1**

Bezeichnungen:

- M = Ausgaben eines Jahres in DM für alle unter den Ausgleich fallende Bauvorhaben
- M_0 = Ausgaben wie vor, auf den Preisstand von 1949 umbewertet
- SM_0 = Summe aller Werte M_0 für alle Bauvorhaben in DM
- V = Gesamtkostenschätzung der Bauvorhaben nach Protokoll 1 nach dem Preisstand von 1949 in ffrs
- R_0 = Höhe des Baurisikos, das beide Teile hälftig tragen, nach dem Preisstand von 1949 in DM
- R = wie vor, jedoch nach dem Preisstand zum Zeitpunkt der Leistung
- A = Das arithmetische Mittel der monatlichen oder vierteljährlichen Baukostenindexe für das betreffende Jahr, veröffentlicht in den statistischen Berichten des Statistischen Bundesamtes (Zahlen aus Bauwirtschaft, Seite 19, Tafel 6, 1. Spalte „insgesamt“ in der Nummer vom August 1952).
- B = Das arithmetische Mittel der DM-Preise für eine Tonne Formeisen für das betreffende Jahr, bestimmt nach den in derselben Veröffentlichung enthaltenen Angaben (Erzeugerpreise bzw. Großhandelspreise, S. 10, Gr. IV, 4. Spalte in der Nummer von August 1952).

M_0 errechnet sich aus M nach der Formel

$$M_0 = \frac{M}{1/2 \left(\frac{A}{185} + \frac{B}{215} \right)}$$

R_0 aus M_0 , V und dem im Abkommen angewendeten Umrechnungskurs (1 DM = 83,33 ffrs) nach der Formel

$$R_0 = SM_0 - 1,1 \frac{V}{83,33}$$

R aus R_0 , M_0 und M nach der Formel

$$R = R_0 \cdot \frac{M}{M_0}$$

Jeder Teil trägt R/2. Ausgaben in anderer Währung als DM werden über den amtlichen Kurs am Tage der Leistung in DM umgerechnet.

Sollten die in diesem Protokoll angegebenen Indexe nicht mehr veröffentlicht werden oder sollte die Art ihrer Feststellung geändert werden oder sollten sich im Laufe eines Jahres Preisänderungen ergeben, die die Anwendung eines gleichen Indexes bei allen Ausgaben des Jahres zu ungerecht erscheinen lassen, werden sich beide Vertragsparteien ins Benehmen setzen, um eine andere Berechnungsart zu vereinbaren, die dem Geiste dieses Protokolls entspricht.

Die Kosten für eine gegebenenfalls notwendige Hebung der Behelfsstraßenbrücke Straßburg-Kehl, die sich in Ausführung der Bestimmung des Art. 4 Ziff. 2 Abs. 2 des Abkommens ergeben sollten, werden in die Ausgaben M nach obenstehender Berechnung nicht einbezogen.

par. M o r i c e

par. S e e b o h m